



BDI-Präsident Peter Leibinger | © Jana Legler, BDI

BDI: Lage der Industrie kritisch – Aufbruch braucht klares Zielbild und Reformpaket

22. Juni 2026

*Der [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) fordert von der Bundesregierung einen deutlich entschlosseneren wirtschaftspolitischen Reformkurs. „Die Lage der deutschen Industrie ist kritisch. Kritisch heißt aber nicht hoffnungslos. Kritisch heißt, dass es jetzt auf Entscheidungen ankommt“, sagte BDI-Präsident **Peter Leibinger** anlässlich des [Tags der Industrie \(TDI\) 2026](#) vor mehr als 1.500 Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft in Berlin.*

Wachstum fällt auf 0,4 Prozent – Standortkosten lasten schwer

Die aktuelle Konjunkturprognose zeigt: Die wirtschaftliche Entwicklung fällt schwächer aus als noch zu Jahresbeginn erwartet. Im Januar hatte der BDI für 2026 noch ein Wachstum von einem Prozent prognostiziert, aktuell geht er nur noch von 0,4 Prozent aus. Die Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie haben sich in den vergangenen Monaten vor allem wegen des Iran-Kriegs und dessen Folgen für Energiepreise und Lieferketten nochmals deutlich verschlechtert.

„Hohe Energiepreise, hohe Steuern, hohe Lohnstückkosten, hohe Lohnzusatzkosten und eine ausgeuferte Bürokratie belasten den Standort“, betonte Leibinger. Ein wettbewerbsfähiger Standort und industrielle Wertschöpfung bleiben die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung. Genau hier verliert Deutschland jedoch an Tempo.

Ganzheitlicher Reformansatz gefordert

Aus Sicht des BDI reicht es nicht, einzelne Maßnahmen umzusetzen. Gefragt sei ein umfassender Ansatz. „Wir brauchen zuerst ein Zielbild für den Standort“, erklärte Leibinger. „Der Weg führt nur über ein Gesamtpaket an Reformen. Die Lasten des Pakets müssen fair verteilt werden. Über isolierte Einzelreformen lässt sich das nicht erreichen und vermitteln“, so Leibinger weiter. Die Bundesregierung versuche es seit über einem Jahr mit diesem Ansatz. Die Bilanz sei jedoch nicht gut, die Stagnation geblieben.

Der BDI fordert ein umfassendes Reformpaket, das Investitionen stärkt und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nachhaltig verbessert. Unternehmen müssen spürbar entlastet werden: durch niedrigere Unternehmenssteuern, bessere Abschreibungsregeln und gezielte Innovationsanreize. Arbeit darf sich nicht weiter verteuern. Staatsmodernisierung darf nicht länger ein Schlagwort bleiben, damit Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller und die Verwaltung insgesamt effizienter werden. Und zuletzt: Ein zukunftsfähiger Standort benötigt eine solide finanzpolitische Basis. Im Haushalt muss konsequent priorisiert und konsolidiert werden.

Deutschland verfügt nach Einschätzung Leibingers weiterhin über ein starkes industrielles Fundament und innovative Unternehmen. Doch ohne entschlossene Reformen drohen dauerhafte Verluste an Wertschöpfung. „Die Politik muss liefern – konsequent, verlässlich und mit Priorität für Wachstum“, mahnte Leibinger. „Dann entstehen Investitionen, Wachstum und Aufbruch. Der Weg nach vorn ist nicht eine Option von mehreren. Er ist unsere gemeinsame Aufgabe.“ (red)